

**Antrag 45/I/2024 Jusos LDK**  
**Mietenwucher stoppen - Für eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen!**

**Beschluss:**

Die Mieten in deutschen Großstädten sind in den letzten Jahren dramatisch angestiegen, was zu einer erheblichen Belastung für die Bewohner\*innen der Städte führt. Die Mietpreisbremse wurde eingeführt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, jedoch gibt es eklatante Lücken in den Regelungen, die von Vermieter\*innen skrupellos ausgenutzt werden.

Obwohl die Mietpreisbremse grundsätzlich auch für möblierte Wohnungen gilt, ermöglicht die derzeitige Gesetzeslage Vermieter\*innen, durch überhöhte Möblierungszuschläge die Preisregulierung zu umgehen. Diese Praxis führt dazu, dass Mieter\*innen überhöhte Mieten zahlen müssen, ohne dass dies gerechtfertigt wäre.

Die Nichtberücksichtigung von "Wohnen auf Zeit" ist ein weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge der Mietpreisregulierung beachtet werden sollte. Häufig wird möblierter Wohnraum unter dem Vorwand des "Wohnens auf Zeit" vermietet, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Dies führt dazu, dass Mieter\*innen überhöhte Preise zahlen, ohne langfristige Sicherheit zu erhalten. Eine klare Definition und Regulierung von "Wohnen auf Zeit" ist daher erforderlich, um Missbrauch zu verhindern und faire Bedingungen für alle Bürger\*innen sicherzustellen.

Es ist höchste Zeit, dieser ungerechten Praxis ein Ende zu setzen und eine faire Mietpreisregulierung für alle Wohnungen in Berlin durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Vermieter\*innen weiterhin von einer Gesetzeslücke profitieren, während die Mieter\*innen unter unbezahlbaren Mieten leiden.

Wir müssen uns als Partei für bezahlbaren Wohnraum für alle einsetzen und gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wir fordern diesen dringenden Handlungsbedarf anzuerkennen und konkrete, bindende Maßnahmen zur Beendigung dieser ungerechten Praxis zu ergreifen.

Daher fordern wir:

**Eine effektive Deckelung der Mieten für möblierte Wohnungen:** Überhöhte Möblierungszuschläge dürfen nicht länger toleriert werden. Wir fordern klare und faire Richtlinien für die Berechnung dieser Zuschläge, um Mieter\*innen vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.

**Transparenz und Offenlegung der Möblierungszuschläge:** Vermieter\*innen sollen verpflichtet werden, die Kosten und den Zeitwert der Möblierung transparent im Mietvertrag offenzulegen, um Missbrauch zu verhindern und die Mieter\*innen über ihre Rechte zu informieren. Ausgenommen sind kurzzeitige Untervermietungen, die nicht gewerbsmäßig stattfinden – bspw. ein WG-Zimmer während eines Auslandssemesters. Zudem soll aufgrund der Abnutzung von Möbeln eine jährliche Reduzierung des Möblierungszuschlags erfolgen.

**Keine Ausnahme der Mietpreisbremse für "Wohnen auf Zeit":** Es sollte eine umfassende Gesetzesänderung geben, die sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Dies würde eine gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und verhindern, dass Vermieter\*innen von möblierten Wohnungen oder Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe Mieten verlangen können.

**Überweisen an**

FA VIII - Soziale Stadt, vertagt